

## Was zum Fall Uli Hoeneß noch zu wenig gesagt wurde

Von Friederike Spiecker | 17.03.2014

Über die Steuerhinterziehung von Uli Hoeneß ist bereits so viel geschrieben und geredet worden, dass jedes weitere Wort fehl am Platz zu sein scheint, hilft es doch, die mediale Bedeutung des Falles weiter zu steigern, die schon längst nicht mehr in einem vernünftigen Verhältnis zu allen realen Problemen unseres Landes steht. Trotzdem ärgert es mich, dass der einzige Aspekt, den ich an diesem Fall für wirtschaftspolitisch grundlegend relevant halte, in den Medien fast nicht vorkommt ([die einzige erfreuliche Ausnahme, die mir untergekommen ist, bildet Wolfgang Münchau](#), wobei ich keinen Anspruch auf Vollständigkeit bei dieser Wahrnehmung unserer Medien erhebe).

Es handelt sich um die einfache Frage, welche Menschen tatsächlich durch die Zockerei des Uli Hoeneß und [vieler anderer, wesentlich größerer Player](#) geschädigt worden sind – ganz unabhängig davon, ob die dabei mitgenommenen Gewinne ordnungsgemäß versteuert wurden oder nicht. Durch das Verhalten des Uli Hoeneß ist nämlich weniger unser Staat im eigentlichen Sinne in Mitleidenschaft gezogen worden, dem Millionen Steuergelder vorenthalten wurden, sondern in viel höherem Maße noch die Leute, mit deren Landeswährungen Spekulationsgeschäfte betrieben und deren realwirtschaftliche Geschäfte dadurch beeinträchtigt wurden.

Ich weiß nicht, welche Währungen zur Spielwiese des Uli Hoeneß gezählt haben, aber falls darunter z.B. die ungarische oder die polnische Währung war – mit der die wirklich großen Player, darunter nicht zuletzt viele westliche Banken, in den letzten zehn Jahren tatsächlich üble Spielchen betrieben und hohe Summen gewonnen haben –, muss man klar sagen, dass hier Millionen von Menschen geschädigt worden sind: die einen, weil sie ihren Arbeitsplatz verloren haben, da ihre Arbeitgeber durch die fatale Überbewertung des Forint bzw. des Zloty stark an Wettbewerbsfähigkeit verloren haben; die anderen, weil sie sich (oft auf Rat westlicher Banken) in ausländischer Währung (z.B. in Schweizer Franken) für den Bau eines Hauses oder einer Wohnung verschuldet haben. Nach dem Absturz ihrer Währung wachsen ihnen nun Zins- und Tilgungszahlungen über den Kopf. Wer fühlt sich für die Entschädigung dieser Menschen zuständig oder spricht wenigstens von ihr?

Jedenfalls finde ich den Gedanken, dass deutsche Schulen und Straßen auch mit Geldern finanziert werden, die auf der Schädigung ausländischer Menschen beruhen, alles andere als beruhigend. Wie viele Jahre geistiger Vergitterung wollen wir uns eigentlich noch leisten, bevor wir erkennen, dass

Devisenspekulationsgeschäfte verboten gehören oder wenigstens durch brutale Besteuerung so unattraktiv gemacht werden müssen, dass sie nicht mehr stattfinden?

Viele Menschen in unserem Land klagen doch darüber, dass der 'Wert' des Geldes so beliebig geworden ist, dass, sagen wir: 20 Euro nicht mehr in jedem Fall für eine erbrachte produktive Leistung wie einer Stunde konkrete Arbeit stehen. Hier wäre endlich einmal Platz für die deutschen Medien gewesen, auf die fehlende Produktivität der Spekulationsgeschäfte hinzuweisen, ja, sie anzuprangern. Uli Hoeneß sei wie vielen anderen ein hohes Einkommen gegönnt, sei es für gute Managementleistungen, für innovative Ideen und Risikobereitschaft, sie umzusetzen, ja auch für Werbeverträge. Aber Millioneneinkommen aus Zockerei gehören einfach aus der Marktwirtschaft verbannt.

Aber da höre ich schon wieder die Stimmen, die vor einer allzu weit gehenden Abstinenz auf diesem Gebiet des Geldergaunerns warnen: Deutschland könne als Finanzplatz an Attraktivität verlieren; oder – noch besser – sehr hohe Steuersätze trieben die Menschen ja geradezu in die Steuerhinterziehung hinein. Und außerdem sind da ja noch die vielen Ökonomen, darunter Nobelpreisträger, die 'wissenschaftlich' belegen zu können meinen, Spekulationen seien immer 'marktstabilisierend' und könnten deshalb nie verzerrend und somit schädigend wirken. Wie gut, dass man sich auf derlei Expertise berufen kann, um nichts ändern zu müssen. Über Steuermoral schreibt es sich eben viel leichter.

## Über den Autor



**Friederike Spiecker** ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

Veröffentlicht am: 17.03.2014

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2014/03/was-zum-fall-uli-hoeness-noch-zu-wenig-gesagt-wurde/>